

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 06.01.2014

Olympische Charta mit Leben füllen - Meinungsfreiheit für alle Sportlerinnen und Sportler bei den Olympischen Winterspielen in Sotschi umfassend und uneingeschränkt gewährleisten!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag erklärt seine Solidarität mit jenen, die im Ausrichterland der Olympischen Winterspiele 2014 wegen ihrer sexuellen Identität, ihres Wunsches nach Selbstbestimmung oder weil sie politisch aktiv sind, ausgegrenzt oder juristisch verfolgt werden.

Der Landtag bekräftigt, dass alle Sportlerinnen und Sportler wie auch alle Besucherinnen und Besucher unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung in Sotschi willkommen sein müssen.

Der Landtag begrüßt die Absicht des Bundesinnenministers Thomas de Maizière, als zuständiger Fachminister nach Sotschi zu reisen. Der Landtag anerkennt zugleich, dass Bundespräsident Joachim Gauck die deutschen Olympia-Teilnehmer bei ihrer Rückkehr in München empfangen wird und damit seine Wertschätzung den Athleten gegenüber zum Ausdruck bringt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich für das Recht auf Meinungsfreiheit von Sportlerinnen und Sportlern bei den Olympischen Winterspielen in Sotschi einzusetzen und deutlich zu machen, dass keine Sportlerin und kein Sportler wegen Meinungsäußerungen von den sportlichen Wettkämpfen ausgeschlossen werden darf oder einen sonstigen Nachteil erleidet,
2. auf allen Ebenen darauf hinzuwirken, dass während der gesamten Zeit der Olympischen Spiele eine ungehinderte und objektive Berichterstattung von allen Orten auch abseits der Sportstätten gewährleistet ist.

Begründung

Am 4. Juli 2007 hat die Generalversammlung des Internationalen Olympischen Komitees in Guatemala City die russische Stadt Sotschi zum Austragungsort der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2014 gewählt.

Die Erwartung, dass mit der Ausrichtung der Olympischen Winterspiele in Sotschi eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte in Russland einhergeht, hat sich bislang jedoch nicht erfüllt.

Mit seiner homophoben Gesetzgebung verstößt Russland unmittelbar gegen die Olympische Charta, die allen Menschen ungeachtet ihrer Rasse, ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung die Teilnahme an den Olympischen Spielen garantiert.

Björn Thümmler
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 15.01.2014)